

Wer hat von den Socialdemokraten Rettung zu hoffen?

Von Victor Cathrein S. J. im Ignatius-Colleg bei Valkenburg (Holland).

Skizze zu einem Vortrage.

Unzähligemale kann man in socialistischen Broschüren und Flugschriften der Behauptung begegnen, trotz aller socialen Reformversuche sei der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung nicht mehr aufzuhalten. Nur allein von der Socialdemokratie sei noch Rettung zu erwarten. Der Socialismus wird von vielen seiner Anhänger geradezu als der Erlöser gefeiert, der alle Menschen zu sich einladet und ihnen Glück und Heil verspricht. Schrieb doch der „Vorwärts“, das officiële Parteiorgan der deutschen Socialdemokratie vor einigen Jahren: „Kein Heiland kann die Welt erretten, die Menschheit allein kann die Menschheit erretten, und zwar die arbeitende Menschheit.“

Und fürwahr, karg sind sie nicht mit ihren Versprechungen die Propheten des Socialismus. Nach W. Liebknecht ist der Socialismus nichts geringeres als die „allgemeine Versicherungsanstalt des Glücks und der Bildung, die brüderliche Gemeinschaft freier und gleichberechtigter Menschen“, ¹⁾ nach Stern ist er die „Aera der allseitigen echten Glückseligkeit“, ²⁾ nach Marx werden in der communistischen Zukunftsgesellschaft „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichthums voller fließen.“ ³⁾

Aber was ist von diesen großartigen Verheißungen zu halten, durch die sich leider noch immer so viele in die socialistischen Fingnetze verstricken lassen? Wir fassen unsere Antwort kurz in zwei Sätzen zusammen: 1. denjenigen, die etwas zu verlieren haben, will der Socialismus nicht helfen; 2. denjenigen, die nichts zu verlieren haben, kann er nicht helfen.

I.

Denjenigen, welche etwas zu verlieren haben, will der Socialismus nicht helfen.

1. Zu dieser Classe gehören vor allem die reichen Capitalisten, Industriellen, Großgrundbesitzer, Kaufleute, Banquiers u. dgl., ebenso die Adelligen; kurz alle diejenigen, die heutzutage vorzugsweise zu den „Glücklichen“ gerechnet werden. Allen diesen will der Socialismus nicht helfen, er will ihnen vielmehr möglichst bald das Grab schaufeln. Das stand schon in Gothaerprogramm zu lesen und steht auch im jetzigen officiellen Parteiprogramm, wie es zu Erfurt (1891) vereinbart wurde. Da heißt

¹⁾ Was die Socialdemokraten sind (1891), S. 18. — ²⁾ Thesen über den Socialismus, 3. Aufl., S. 54. — ³⁾ Kritik des socialdemokratischen Parteiprogramms (s. „die neue Zeit“, 9. Jahrg., I S. 567.)

es unter anderem: „die socialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Classenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Classenherrschaft und der Classen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung.“¹⁾

Klarer kann man das Todesurtheil über alle genannten Classen wohl nicht aussprechen; ihnen also will der Socialismus nicht helfen.

2. Auch dem Clerus, vom Bischof bis zum letzten Kaplan, will der Socialismus nicht helfen. Das Erfurter Parteiprogramm verlangt: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“ Damit ist die vollständige Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen. Der Staat kümmert sich im besten Falle um die Kirche und den Clerus nicht und gibt ihnen auch keinerlei Unterstützung. Und da es in der Zukunftsgesellschaft nur Arbeitseinkommen gibt und alles von der Gesammtheit bezogen werden muß, so ist leicht zu ermessen, was das zu bedeuten hat. Hierzu kommt noch, daß das kirchliche Leben ohne Gotteshäuser, Seminarien, Klöster, Spitäler u. dgl. gar nicht gedeihen kann. Nun aber geht alles Eigenthum an Grund und Boden und an Gebäuden an die Gesammtheit über. So ist der Kirche die Lebensader abgeschnitten.

Das Gesagte würde selbst für den Fall gelten, daß der socialistische Staat ehrlich die Religion als Privatsache behandelte. In der That aber verbirgt sich hinter diesem Aushängeschild der grimmigste Religionshaß. Bebel selbst hat es gesagt: „Christenthum und Socialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Jeder, der die socialistische Literatur kennt, weiß, daß sie von rohen, gotteslästerlichen Ausfällen auf Religion und Christenthum strotzt. Erst dann wird, wie es in einem socialistischen Liede heißt, die wahre Freiheit herrschen, wenn der letzte Pfaff am Darm des letzten Capitalisten baumelt.

3. Ebenfowenig als der Clerus hat der Bauernstand vom Socialismus Rettung zu erwarten. Die Landbevölkerung beträgt immer noch in den meisten Ländern Europas mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung. In Oesterreich (Cisleithanien) z. B. sind nach der Volkszählung von 1890 genau 13,351.379 Personen (55.9% der Gesamtbevölkerung) in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, in Deutschland ungefähr 25½ Million, darunter sind eine sehr große Zahl von Kleinbauern, bei denen vorzugsweise der „Eigenthumsfanatismus“ ausgebildet ist, wie die Socialisten selbst klagen.

¹⁾ Wir berufen uns im Folgenden auf die Zeugnisse deutscher Socialdemokraten, aber wir bemerken, daß die österreichische Socialdemokratie stark von der deutschen beeinflusst wird und principiell mit ihr auf demselben Standpunkte steht. Der gegenwärtige Führer der österreichischen Socialdemokratie, Dr. B. Adler, leitet dieselbe ganz im Marxistischen Geiste.

Dafs heute dieser Bauernstand vielfach in arger Noth ist, weiß jedermann. Wollen nun etwa die Socialisten ihm helfen? Wollen sie ihn aus seiner jetzigen Verschuldung befreien? Wollen sie ihn von der Ausbeutung der Wucherjuden schützen? Ihm Credit und ein passendes Erbrecht verschaffen? Nichts von alledem.

Einem Entschlusse des Frankfurter Parteitages entsprechend hatte die socialdemokratische Parteileitung ein „Agrarprogramm“ ausgearbeitet, welches den Bauer „als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirt vor Nachtheilen bewahren“ sollte. Das Programm war natürlich nur auf Bauernfang berechnet. Als dieses Programm veröffentlicht wurde, erhob sich in der ganzen Partei ein gewaltiger Lärm und auf dem Parteitag zu Breslau (1895) kam es zu hitzigen Wortgefechten. Schließlich beschloß der Parteitag mit großer Mehrheit, das Agrarprogramm zu verwerfen, „denn“ — so lautet die Begründung — „dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung des Privateigenthums in Aussicht.“ Kautsky gestand offen, daß der ländliche Kleinbetrieb den Drang nach Privateigenthum erzeuge. „Das wissen unsere Gegner ganz gut; sie wissen, daß der Kleinbauer das festeste Bollwerk des heutigen Privateigenthums ist und darum suchen sie . . . dessen Position zu stützen.“¹⁾ Interessant ist auch eine Erklärung, die W. Schippel auf dem Parteitag zu Breslau abgab: „Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besizer keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariates ist.“²⁾

Das ist also die Hilfe, die der Bauer vom Socialismus zu erwarten hat. Dieser will ihm seinen Besitz nehmen, um ihn dafür die Zukunft des Proletariates zu schenken — Bauer, merk dir das!

4. Neben dem Bauernstand bildet der Handwerkerstand einen wichtigen Bestandtheil der Bevölkerung. Derselbe ist zwar leider in der Auflösung begriffen und bedarf dringend der Hilfe, trotzdem ist er noch immer von der größten Bedeutung für die Erhaltung der Gesellschaft. Auch an ihn drängen sich die Socialisten mit ihren glänzenden Verheißungen heran.

Aber was hat er denn in Wirklichkeit vom Socialismus zu erwarten? Nichts als den völligen Untergang. Die Socialisten wollen überhaupt das Handwerk nicht retten, weil es nicht in ihre Zukunftspläne hineinpaßt. Im Jahre 1891 schrieb der Berliner „Vorwärts“³⁾: „Das Handwerk ist unrettbar dem Untergang geweiht, wenn auch sein Todeskampf noch einige Zeit dauern wird.“ Jedesmal, wenn das Centrum oder die Conservativen im deutschen Reichstag einen Antrag zugunsten des Handwerkes stellten, haben die Social-

¹⁾ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der socialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. October 1895, S. 125. — ²⁾ Am a. O. S. 110. — ³⁾ Nr. 42.

demokraten unter irgend einem Vorwand dagegen gestimmt. Der officiële Bericht sagt darüber: „Unsere Fractionäre dner wiesen nach, daß eine wirkliche Durchführung des Befähigungsnachweises unmöglich und für die Handwerker nutzlos sein würde. Das Großcapital . . . richtet mit und ohne Befähigungsnachweis das klein-capitalistische Handwerk zugrunde.“¹⁾

Die Socialisten spotten deshalb geradezu über die „Naivetät“ der Handwerker, die da glauben den Strom der Zeit aufhalten zu können. So müssen sie auch von ihrem Standpunkte reden. „Die Gesellschaft ist der allgemeine Arbeitgeber, sie wird darum allein über alle Productionsmittel, vom Grund und Boden angefangen bis zur Schlosserfeile herab, zu verfügen haben.“ So heißt es in einer socialistischen Broschüre über die Zukunftsgesellschaft.²⁾

5. Das vom Handwerk Gesagte gilt in gleicher Weise von allen Kleingewerbetreibenden, z. B. von Krämern, Wirten, Fuhrleuten u. dgl. Allen diesen Berufsclassen will der Socialismus nicht helfen. Wie alle Productionsmittel in den Besitz der Gesamtheit übergehen, so hören auch alle Privatunternehmungen auf. „Das ganze Getriebe des heutigen Handels wird in eine centralisirt verwaltende, distribuierende Thätigkeit umgewandelt.“ An Stelle „all der Millionen von Privatproducenten, Händlern, Mittelspersonen aller Art treten große centralisirte Anstalten“ und damit „nimmt auch der gesammte Productionstransport eine ganz andere Gestalt“ an. „Telegraphen, Eisenbahnen, Posten, Fluß- und Seeschiffe, Straßenbahnen und, wie immer die Einrichtungen und Behälter heißen, die den Verkehr der bürgerlichen Gesellschaft vermitteln, sind nunmehr Gesellschaftseigentum.“³⁾

So schildern uns den Zukunftsstaat Bebel, Kautsky, Geiser, Stern u. s. w. Ganz dasselbe Bild ist deutlich genug im officiellen Parteiprogramm skizzirt. Dort wird „die Verwandlung des capitalistischen Privateigenthums an Productionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Warenproduction in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production“ als Hauptziel des Socialismus hingestellt.⁴⁾ Damit ist klar ausgesprochen, daß in der Zukunftsgesellschaft von Privateigenthum an Rohstoffen oder Werkzeugen, ebenso von Privatunternehmungen, von Zwischenhandel u. dgl. keine Rede mehr sein kann. Damit ist den heutigen Kleingewerbetreibenden der Boden für immer entzogen.

¹⁾ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Breslau, S. 62.

— ²⁾ Die Forderungen des Socialismus an Zukunft und Gegenwart, von Bruno Geiser, S. 20. — ³⁾ Bebel, die Frau, 18. Aufl., S. 294—295. —

⁴⁾ Das Erfurter Programm der deutschen Socialdemokratie findet sich abgedruckt in unserer Monographie „der Socialismus“, 6. Aufl., S. 36.

Um keinen Zweifel an den Zielen des Socialismus aufkommen zu lassen, hat die socialdemokratische Fraction im deutschen Reichstag ausdrücklich allen Kleingewerbtreibenden die Existenz im Zukunftsstaat abgesprochen. Der officielle Fractionsbericht vom Jahre 1893 sagt von den Handwerkern und Kleingewerbtreibenden: „Diese in unaufhaltbarem Niedergang begriffenen Mittelschichten sind gleich der Arbeiterklasse das Opfer des Capitalismus und werden von dem Großcapital verschlungen. Dagegen helfen keine mittelalterlich-reactionären Quacksalbereien, sondern nur die klare Erkenntnis, daß bei der rapiden Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft das Handwerkerthum und Kleingewerbe immer schneller proletariisiert werden muß, und daß seine Rettung nicht in der Galvanisierung veralteter Formen, sondern in der Beseitigung der Ursachen seines Niederganges liegt. Wenn die socialistische Organisation unsere heutigen Handwerker und Kleingewerbtreibende auch nicht als Stand aufrecht erhalten wird, die volle Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse ist ihnen gleich allen für das Gesamtwohl thätigen Gesellschaftsmitgliedern gesichert. Soweit die Anträge des Centrums und der conservativen Partei zur Beschlussfassung gelangten, haben wir gegen dieselben gestimmt.“

Also auch die große Zahl der Kleingewerbtreibenden will der Socialismus nicht retten, als Stand müssen sie untergehen, ebenso wie das Handwerk und der Bauernstand, dagegen sollen sie dann an der allgemeinen „Sicherheitsanstalt des Glückes“ als gleichberechtigte Glieder mit den Proletariern theilnehmen können.

6. Es bleiben nur noch die Beamten und Lehrer als Angehörige von Ständen übrig, die noch etwas zu verlieren haben. Will der Socialismus wenigstens diesen Hilfe bringen? Auch nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es in der Zukunftsgesellschaft überhaupt keine Stände und Classen mehr gibt. Die ganze Gesellschaft wird auf der Grundlage vollständiger Gleichberechtigung aufgebaut. Die Socialdemokratie will eine „Gesellschaftsordnung, die, fußend auf der Gleichberechtigung aller Menschen, die Quellen der Ungleichheit verstopft, weder Herren noch Knechte duldet, und eine brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen begründet.“¹⁾ „Der Staat muß aufhören, die Domäne einzelner Personen, Stände und Classen zu sein; er muß werden die Vereinigung voll- und gleichberechtigter Bürger, von denen keiner über den andern herrscht, keiner von den andern beherrscht wird.“²⁾

Aber es muß doch jemand da sein, der die Production und Vertheilung der Güter leitet und ordnet? Allerdings, aber diese

¹⁾ Liebknecht, was die Socialdemokraten sind, S. 9. — ²⁾ Ebend.

Leiter werden von den Arbeitern gewählt und auch wieder nach Belieben abgesetzt. „Die einzelnen Arbeitszweige“, sagt Bebel, „wählen ihre Ordner, welche die Leitung zu übernehmen haben. Das sind keine Zuchtmeister . . ., sondern einfache Genossen, welche die ihnen übertragene verwaltende Function an Stelle einer producierenden ausüben. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß bei vorgeschrittener Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder diese Functionen einfach alternierende werden, die in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Betheiligten ohne Unterschied des Geschlechtes übernehmen.¹⁾“

Daß noch speciell ein eigentlicher Lehrer- oder gar Professorenstand in der Zukunftsgesellschaft einfach unmöglich ist, geht daraus hervor, daß alle die gleiche Ausbildung erhalten sollen. Denn die Ungleichheit in der Ausbildung ist eine Hauptquelle der heutigen Classenunterschiede und diese Quelle will der Socialismus endgiltig verstopfen. Jeder Genosse muß jederzeit zu jeder Function bereit stehen, zu der ihn seine Mitgenossen zu erwählen gerufen werden.

7. Vielleicht könnte noch jemand fragen, ob nicht wenigstens die Familie vom Socialismus Rettung und Neubelebung zu erwarten habe? Allein auch die Familie hat noch etwas zu verlieren und deshalb will der Socialismus ihr nicht helfen.

Die Familie ist in der menschlichen Gesellschaft was die Zelle in Organismus oder der Quaderstein in einem großen Palast. Aus der Familie wächst die heutige Gesellschaftsordnung mit Naturnothwendigkeit heraus. Die Familie erhalten heißt deshalb die heutige Gesellschaftsordnung erhalten. Die Anhänger der Umsturz-bewegung wissen das ganz gut und sind deshalb consequent, wenn sie die Familie beseitigen wollen.

Und daß sie diese Absicht haben, geht trotz allen gegentheiligen Versicherungen unzweifelhaft daraus hervor, daß sie die nothwendigen Grundlagen der Familie zerstören. Die Familie beruht vor allem auf der Unauflöslichkeit der Ehe, ferner auf der Aufgabe der Kindererziehung und diese hat die Möglichkeit des Privateigenthums zur Voraussetzung. Alle diese Grundlagen will aber der Socialismus zerstören.

Das socialdemokratische Programm verlangt: „Abschaffung aller Geseze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.“ Damit ist der Familie ihr Haupt genommen. Wenn der Mann „ja“ sagt und die Frau „nein“, so bleibt es dabei. Aber die Socialisten gehen noch weiter. Nach Engels, Bebel, Stern u. a. soll die Ehe als ein rein privatrechtlicher Vertrag angesehen werden, bei dem man sich um keinen staatlichen Functionär zu kümmern hat. Mann und Frau bleiben beisammen, solange es ihnen beliebt. Ja nach Bebel ist es geradezu

¹⁾ Bebel, die Frau, S. 271.

„unfittlich“, auf der Fortdauer der Ehe bestehen zu wollen, wenn eine Erkaltung der Liebe zwischen den Ehegatten eingetreten. Sobald sich also Abneigung einstellt, wird das Verhältnis gelöst und ein neuer Gegenstand der Liebe gesucht. Es liegt auf der Hand, daß bei einer zoologischen Auffassung der Ehe ein dauerndes Familienleben nicht bestehen kann.

Hierzu kommt noch, daß der Ehe im Socialismus ihre eigentliche Aufgabe: die Kindererziehung entzogen und damit ihre Dauer untergraben wird. Der eigentlichste Zweck der Ehe ist die Kindererziehung und hauptsächlich deshalb ist vom naturrechtlichen Standpunkt ein dauerndes Zusammenleben und Zusammenwirken der Ehegatten erforderlich, weil ohne dasselbe die gebührende Kindererziehung — wenigstens im allgemeinen — nicht bestehen könnte. Der Socialismus aber will die Sorge für die Wöchnerinnen und die heranwachsende Jugend ganz der Gesellschaft übertragen. Wie kann da noch von einem Familienleben die Rede sein? Was bleibt der Familie noch zu thun übrig?

So ist also gar kein Zweifel möglich: Allen denjenigen, die etwas zu verlieren haben, will der Socialismus nicht helfen. Sie sollen es sich zuerst gefallen lassen, „proletarisiert“ zu werden, um dann als gleichberechtigte Mitglieder in die „allgemeine Versicherungsanstalt des Glückes“ einzuziehen.

Wer bleibt jetzt noch übrig? das Proletariat. Den Proletariern will der Socialismus helfen. Aber kann er es? Wir antworten:

II.

Denjenigen, die nichts zu verlieren haben, **kann** der Socialismus nicht helfen.

Unter Proletariern verstehen wir alle Leute ohne Acker und Halm, ohne Haus und Hof, ohne sichere Einkünfte als den Ertrag ihrer Arbeit: kurz die Besitzlosen, die ungefähr nichts ihr Eigenthum nennen, als ihre Arbeitskraft, mit der sie „von der Hand in den Mund“ leben. Dazu gehören die Arbeiter in Fabriken, Bergwerken, Hütten, die Tagelöhner auf dem Land und in den Städten, die Dienstboten, Fuhrknechte, Ladendiener u. s. w. Auch das geistige Proletariat kann dazu gerechnet werden, d. h. die große Zahl von Schriftstellern, Hilfsredactoren, Zeitungsmitcorrespondenten, Handlungsreisenden u. dgl., die kein gesichertes Einkommen haben und sich vielfach mit kärglichem Lohn durchs Leben schlagen müssen.

Diesen will der Socialismus helfen, doch nur unter der Bedingung, daß sie zuerst noch das Wenige daran geben, was sie ihr Eigenthum nennen und was von ferne irgend welchen Anschein von Privatcapital hat. Hätte z. B. ein Arbeiter sich etwas erspart und seine Ersparnisse einer Cassa oder einer Unternehmung anvertraut, so nimmt das socialistische Gemeinwesen

diese Ersparnisse in seinen Besitz, ohne den Arbeiter dafür zu entschädigen. Dasselbe gilt von allen Rechten, die er sich etwa durch Beiträge erworben haben könnte, z. B. von dem Rechte auf Unterstützung zur Zeit der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Alters. Das alles geht unter im Strudel der allgemeinen Gleichberechtigung. Sollte nun gar ein Arbeiter ein kleines Häuschen oder ein Gärtchen auch nur so groß wie ein Taschentuch sein eigen nennen, so muß er das erst recht auf dem Altar des Gemeinwohls opfern.

Ja noch mehr, — und das können wir den Arbeitern nicht oft genug einschärfen —, der Socialismus will ihnen nur helfen unter der Bedingung, daß sie mit ihrem katholischen Glauben definitiv brechen, daß sie verzichten auf das Christenthum, verzichten auf die Sacramente und sonstigen Gnadenmittel der Kirche, verzichten auf das Kreuz, verzichten auf ein christliches Begräbniß, verzichten auf die christliche Hoffnung und den Himmel selbst, und ihre Seele wenigstens durch die That dem Teufel verschreiben. Denn daran ist gar kein Zweifel möglich: crasser Unglaube heißt das Thor zum Socialismus.

Dafür soll allerdings dem Arbeiter im Zukunftsparadiese alles mit reichen Zinsen vergolten werden. Aber wir bestreiten mit aller Entschiedenheit, daß der Socialismus imstande sei, die glänzenden Verheißungen zu erfüllen, mit denen er die Proletarier in seine Netze lockt.

Dreierlei verspricht der Socialismus den Arbeitern: 1. wenig Arbeit, 2. Ueberfluß an Genussgütern, 3. Freiheit. Sehen wir einmal zu, ob er diese Verheißungen zu halten imstande ist.

Nach Bebel hätte in der socialistischen Gesellschaft jeder Arbeiter „täglich nur 2 $\frac{1}{2}$ Stunde durchschnittliche Arbeitszeit zu leisten.“¹⁾ Aber wie ist das möglich? Nehmen wir die Sache concret. Nach den neuesten Statistiken gibt es in Preußen 110.000 Beamte und 172.000 Arbeiter im Eisenbahnbetrieb. Alle diese Angestellten haben täglich eine Dienstzeit von mindestens 10 bis 12 Stunden. Was wäre nun die Folge, wenn man die Arbeitszeit derselben auf zwei oder drei Stunden einschränken wollte? Man müßte die Zahl der Angestellten um mehr als das dreifache erhöhen, man müßte also in Preußen an der Eisenbahn mehr als eine Million Beamte und Arbeiter anstellen; und zwar wohlgemerkt, diese Angestellten hätten damit ihr tägliches Arbeitspensum vollständig geleistet, wären also für anderweitige Arbeiten nicht mehr zu haben.

In gleicher Weise müßte man im Post-, Telegraphen- und Telephondienst die Zahl der Angestellten mehr als verdreifachen; dasselbe gilt vom Dampfschiffahrts-, Stadtbahn- und Tramway-

¹⁾ Die Frau, 18. Aufl., S. 276.

dienst, es gilt von allen Angestellten in Schulen, Erziehungsanstalten, Krankenhäusern, Museen, es gilt von allen Redacturen, Setzern, von allen, welche die Verwaltung zu ordnen, und die Vertheilung der Producte zu besorgen haben. Wo wird man die Menschen hernehmen, um allen diesen Bedürfnissen zu genügen? Und doch haben wir von den eigentlich productiven Classen der Bevölkerung: dem Landvolk, den Handwerkern, den Arbeitern in Bergwerken, Hütten, Salinen und Fabriken noch gar nicht gesprochen. Man denke sich doch: auf dem Lande soll die Arbeitszeit auf drei Stunden höchstens beschränkt werden! Welche ungeheure Zahl von Arbeitern wird da nöthig sein, um all die erforderlichen Arbeiten: des Düngens, Pflügens, der Aussaat, der Ernte, der Pflege des Viehes u. s. w. zu besorgen. Und wo diese Arbeiter hernehmen?

Allerdings entgegnen uns die Socialisten, daß in ihrer Zukunftsgesellschaft viele heutige „Drohnen“ und ebenso manche heutige Berufe, z. B. der Krämer und Kleingewerbetreibenden verschwinden werden. Aber die Zahl der unnützen Existenzen ist so groß nicht, jedenfalls nicht so groß, um den Bedarf an Arbeitern im Zukunftsstaate zu decken, und wenn einige Berufe verschwinden, so entstehen dafür andere.

Wenn also die Socialisten den Arbeitern eine so kurze Arbeitszeit in Aussicht stellen, so beruht das im letzten Falle auf einer groben Täuschung.

Damit ist nun auch schon die Verheißung des Ueberflusses, mit dem die socialistischen Sendlinge die Einfältigen ködern, ins rechte Licht gestellt. Obwohl heute, wie die Socialisten klagen, fast das gesammte Volk — mit Ausnahme der wenigen Reichen — mühsam vom Morgen bis zum Abend arbeitet: so ist doch der Vorrath an Genußgütern nicht derart, daß alle in „Hülle und Fülle“ davon bekommen könnten. Was würde nun erst in der Zukunftsgesellschaft der Fall sein, wo der Trieb zur Arbeit fehlt. Heute ist es die Noth oder die Aussicht auf Emporkommen und Reichthum, welche die Menschen zu rastlosem Schaffen antreibt. Dieser Antrieb käme aber im Socialistenstaat in Wegfall. Denn der Antheil am Product kann sich ja unmöglich nach dem Fleiße bestimmen, wenn man nicht in die größten Absurditäten fallen will.

Nehmen wir die Frage wieder concret. Diejenigen, welche auf dem Lande arbeiten, bekommen von dem Ertrag ihrer Arbeit nur soviel als alle anderen; was über dieses Maß hinausgeht, müssen sie an die Gesammtheit abliefern. Werden sie sich da wohl viel Mühe geben, mit den Producten recht sparsam umzugehen, werden sie recht fleißig sein, um möglichst viel an die Gesammtheit abliefern zu können? Wer das im Ernst meint, kennt die Menschen schlecht.

Also auch mit dem vermeintlichen Ueberfluß im Zukunftsparadies der Socialdemokraten ist es nichts.

Aber gewinnt der Proletarier nicht wenigstens die Freiheit im Himmel der Socialisten? Ebenso wenig als den Ueberfluß. Heute hat doch jeder — von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen — eine größere oder kleinere Sphäre, in der er seine Freiheit bethätigen kann. Das gilt wenigstens für die Arbeiter, die etwas gelernt haben und etwas lernen wollen. Die können sich in den meisten Fällen die Art der Beschäftigung, den Aufenthalt und die innere Einrichtung ihres Familienlebens wählen wie sie wollen.

Diese Freiheit wird im Zukunftsstaat ganz verschwinden. Allerdings versichern uns die Socialisten, in der Zukunftsgesellschaft werde sich jeder nach Belieben seine Beschäftigung und seinen Aufenthaltsort wählen können. Aber wie kann dann die „planmäßig geordnete Production“ zustande kommen, von der sie so viel reden und die die heutige Produktionsanarchie beseitigen soll? Es müssen in allen Produktionszweigen und in allen Bezirken genügende Arbeitskräfte vorhanden sein. Auch die unwirtschaftlichsten und ungesündesten Gegenden müssen bebaut, auch die unangenehmsten und widerlichsten Arbeiten müssen besorgt werden. Es müssen also durch Beschluß des gesammten Volkes oder der obersten Produktionsbehörde die Arbeiter dorthin „dirigiert“ oder besser „commandiert“ werden, wo es die Nothwendigkeit erheischt. Denn was uns Bebel und Stern und andere Socialisten davon erzählen, daß sich für alle unangenehmen, widrigen und gefährlichen Beschäftigungen und Aufenthaltsorte immer freiwillige Arbeitskräfte in genügender Anzahl anbieten würden, weil der größte Gemeinsinn alle bejeele: — ist leeres Wortgeklingel.

Was sollte denn auch den Socialisten zu dem Opfersinn befähigen, der nur einmal nothwendig ist, um mit dem letzten Platz fürlieb zu nehmen und seine eigenen Ansichten und Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen? An eine Ewigkeit glaubt er ja nicht; er will sich mit einem „Wechsel auf das Jenseits“ nicht vertrösten lassen, sondern seinen Himmel hier auf Erden haben. Findet aber der irdische Mensch seinen Himmel in niedrigen, beschwerlichen Beschäftigungen, z. B. am Steine klopfen, am Straßenfegen, oder im Aufenthalt in öden, unwirtschaftlichen Gegenden?

Es wird also zur Erreichung des planmäßigen „ungeheuren Staatsbetriebes“ nichts übrig bleiben, als daß nach Pharaonenart die Arbeitermassen jeweilig dorthin dirigiert werden, wo sie gerade nothwendig sind. Und weil im Zukunftsparadiese die vollste Gleichberechtigung herrschen soll, so wird nichts anderes übrig bleiben, als daß — wie auch Bebel meint — einfach nach dem Turnus alle ohne Ausnahme sich an den unangenehmen Arbeiten ebenso wie an den angenehmen bethätigen. Diese Woche ist man an der Eisenbahn angestellt, die nächste an der Post, die dritte steigt man als Hauer in eine Grube, die vierte ist man als Bäcker oder Schneider oder Koch beschäftigt, die fünfte hilft man in Gesellschaft von Bebel

und Liebknecht beim Straßensegen, nachher kommt man in eine chemische Fabrik oder Spinnerei, endlich geht man auf das Land oder wird Mitglied des Productionsrathes oder Briefträger oder Journalist. Doch genug der tollen Phantasterei!

Also Humbug ist es mit dem socialdemokratischen Zukunftsparadies: Humbug ist die verheißene kurze Arbeitszeit, Humbug, der versprochene Ueberfluß, Humbug endlich die in Aussicht gestellte Freiheit.

Nur eines ist nicht Humbug, sondern traurige Wahrheit, daß sich nämlich so viele durch die marktischreierischen Verheißungen der Socialisten zu radicalen Umsturzplänen verleiten lassen. Diese Thoren kommen mir immer vor, wie die kleinen Bauern und Handwerker, die sich durch gewissenlose Agenten zum Auswandern bewegen lassen und drüben in der neuen Welt statt des versprochenen Paradieses Elend und Noth finden. Wären sie daheim geblieben, so hätten sie durch redliche Arbeit sich wenigstens ehrlich ernähren können: jetzt aber sehnen sie sich zu spät zurück nach der alten Heimat, die sie nie hätten verlassen sollen.

Wenn wir den Socialismus als einen schwindelhaften Quacksalber bezeichnen, der auf den Jahrmärkten sein Unwesen treibt: wollen wir damit sagen, man solle in der heutigen Gesellschaftsordnung alles so gehen lassen, wie es ist? Keineswegs. Von den Socialisten müssen wir lernen. Eine so tiefgehende und weitverbreitete Bewegung kann nicht bloß auf künstlicher Verheißung von Seiten einiger Agitatoren beruhen. In Deutschland erhielten bei den letzten Reichstagswahlen (1893) die Socialdemokraten 1,786.738 Stimmen, also fast 320.000 Stimmen mehr als das Centrum, die zweitstärkste Partei. Auch in Frankreich, Belgien, Italien, England, Oesterreich, Dänemark, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bilden die Socialisten Parteien, mit denen jeder Politiker rechnen muß.

Eine solche Erscheinung kann nicht auf bloß künstliche Ursachen zurückgeführt werden. Es müssen nothwendig Uebel vorhanden sein, die dringend der Abhilfe bedürfen. Von den Socialisten können wir erfahren, wo die Uebel sind. Im Proletariat liegen die Wurzeln des Socialismus und sein Hauptbestreben ist auf die Proletarisierung der Gesellschaft gerichtet. Das haben die socialistischen Führer schon unzähligemale gesagt und das steht auch im officiellen Programm der deutschen Socialdemokratie. Daraus folgt: Alles, was die Proletarisierung der Gesellschaft fördert, begünstigt den Socialismus; alles, was diese Proletarisierung hindert, arbeitet dem Socialismus entgegen.

Das erste Augenmerk einer christlich-conservativen Socialpolitik muß also darauf gerichtet sein, der weiteren Proletarisierung der Gesellschaft einen Damm entgegenzusetzen, durch Befestigung und Reform derjenigen Stände, aus denen sich das Proletariat fort-

während recrutiert, nämlich der Kleinbauern, Handwerker und sonstigen kleinen, selbständigen Gewerbtreibenden. Hand in Hand hiermit muß die sittliche und materielle Hebung des Proletariates selbst gehen. Auch dem letzten Arbeiter, der es an Fleiß und Sparsamkeit nicht fehlen läßt, muß ein menschenwürdiges Dasein und ein geordnetes Familienleben ermöglicht werden. Auch er muß anstatt des drückenden Gefühles der Unsicherheit das beruhigende Bewußtsein erlangen, daß er in der heutigen Gesellschaftsordnung ein gesichertes Dasein und folglich mit dem Zusammensturz derselben etwas zu verlieren hat.

Das Mensurwesen an den modernen Universitäten.

Ein Beitrag zur Behandlung dieser Frage im Religionsunterrichte an Gymnasien.
Von J. B. May, Pfarrer in Hambach.

Bis in die neueste Zeit suchte man in den Lehrbüchern der Moral vergeblich nach einer Besprechung der studentischen Mensuren. Da eine römische Entscheidung über dieselben nicht vorlag, so summarisierte man sie unter die Duelle oder ließ die Frage unerörtert. Für manche Religionslehrer an höheren Schulen war dies ein fühlbarer Mangel. Alljährlich sahen sie eine Reihe ihrer Schüler den schlagenden Verbindungen beitreten, besaßen aber keinen genügenden theologischen Apparat, um dem Unwesen nachdrucksvoll genug entgegenzutreten. In den weitesten Kreisen, auch in katholischen, war zudem die Meinung verbreitet, die Mensuren seien gestattet, oder sie unterlägen wenigstens nicht den kirchlichen Censuren. Dem Schreiber dieser Zeilen sind hervorragende Katholiken in öffentlichen Stellungen bekannt, die heute noch ihre Söhne den Corps zuweisen.

Aus diesen Gründen war es auf das Freudigste zu begrüßen, daß die Sacra Congregatio Concilii auf eine Anfrage des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs Ropp von Breslau der Prüfung vorliegender Frage näher trat und am 9. August 1890 dieselbe zur Entscheidung brachte.¹⁾

Im Nachfolgenden soll der Versuch gemacht werden, das auf die kirchliche Beurtheilung der Studentenduelle bezügliche Material zu sammeln und es den Religionslehrern als Beitrag zu ihrem Unterricht über das Duell zur Verfügung zu stellen.

I.

1. Daß die Studentenmensuren weiter nichts als Ableger der eigentlichen Duelle sind, wird wohl nirgends bestritten. Dagegen

¹⁾ Lehmkühl editio VII vol. I p. 508. Heiner, Kirchenrecht I, 191. Noldin, Quaestiones morales de praeceptis. Biederlack, Synopsis praelectionum moralium 1891. Ganz besonders Acta Sanctae Sedis vol. 23, pag. 234 ff., wo das angeführte Decret in extenso nebst langer juridischer Beleuchtung abgedruckt ist.